Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 293. | Dresden, Donnerstag den 18. Dezember 1913. | 24. Jahrg.

Der Bund der Landwirte, an der Spitze Freiherr v. Oldenburg-Januschau, bläst Alarm gegen den schwächlichen Reichskanzler.

Die Verhandlung gegen den Leutnant v. Forstner wird schon am 19. Dezember stattfinden. Sie soll sich auf die Vorfälle vom Dettweiler beschränken.

Die österreichische und italienische Regierung sind wegen Greys Inselvorschlag miteinander in Unterhandlungen getreten.

Die Neuyorker Times veröffentlichen aufsehenerregende Enthüllungen über einen neuen Panamaskandal.

Die eisernen 54.

Oldenburg-Januschau gegen den Reichskanzler.

Derweil Herr Bassermann die sanfte Friedensschalmei anstimmt und die Wirren von Zabern schon zum versöhnenden Abschluß gebracht sieht, blasen die echtpreußischen Junker zum Sturm gegen die Regierung Bethmann-Hollweg und gegen die „ganze Richtung", die ihnen nicht paßt. Die eisernen 54, wie sie von den Hamburger Konservativen so schön genannt wurden, haben das Mißtrauensvotum des Reichstags gegen den Reichskanzler abgelehnt, aber wahrhaftig nicht, weil sie zu diesem Reichskanzler Vertrauen haben. Sie sammeln ihre Scharen zum Sturz dieses Reichskanzlers. Sie fordern einen anderen Kanzler, der nicht als „vornehmer Mann" die Zügel der Gewalt schleifen läßt. Sie wollen einen Kanzler, der mit dem Säbelknauf draufgeht, einen ultrareaktionären Kanzler. Die eisernen 54 sind unzufrieden mit dem Reichskanzler, der die Einsperrung in den Pandurenkeller von Zabern leise zurückwies, sie wollen vielmehr einen Kanzler, der den Leutnant Forstner ruft, um widerstrebende Reichstagsparteien in den Pandurenkeller zu stecken.

Wiederum kommen die Signale des konservativen Kanzlersturms aus der westpreußischen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte, von wo einst der Kampf gegen den Reichskanzler Bülow eingeleitet wurde, als dieser die Reichserbschaftssteuer in Vorschlag brachte. Wiederum ist es der Kammerherr v. Oldenburg aus Januschau, der der konservativen Fronde die Fahne voranträgt. Derselbe heißsporning polternde Junker, der einst den Kaiser aufforderte, den Leutnant mit den 10 Mann zu rufen, um den widerspenstigen Reichstag auseinander zu jagen. Derselbe konservative Häuptling, dem dann die Wähler bei der letzten Reichstagswahl den kläglichen Abschied gaben.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte Freiherr v. Wangenheim leitete die Veranstaltung ein; er sprach vom „Fleischnotgeschrei" der letzten Jahre, er pries als ein neues Ereignis das Kartell zwischen dem Bund der Landwirte und dem Zentralverband der Industriellen, er forderte neue Zölle auf Gärtnereierzeugnisse, neuen Rahm- und Milchzoll, er sprach von der furchtbaren Gefahr, daß die Futterzölle erniedrigt werden könnten, und weiter von der Gefahr, die durch die Volksversicherung „der Sozialdemokratie" entstanden sei; er nannte die Arbeitslosenversicherung „eine Entartung des Gedankens der sozialen Fürsorge, eine Prämie auf die Nichtstuerei". Nach der Entwicklung solch echt preußischer Programmsätze ging der Freiherr von Wangenheim zum Angriff gegen die Regierung über. Er warf ihr vor, daß sie über allen Parteien schweben wolle und daß sie ein feiges Entgegenkommen gegen die demokratischen Bestrebungen gezeigt habe. Es seien Feste zu Hunderten gefeiert worden, aber der Sang und Klang sei verraucht und, so fürchte er, der Katzenjammer bleibe übrig. Bethmann-Hollweg habe nicht den Schneid und die Energie gefunden, mit großem nationalen Schwunge voranzugehen. Hätte er das getan, so wäre er sehr leicht über die demokratischen Gelüste hinweggekommen. Die Gelegenheit sei verpaßt und es würden weitere Gelegenheiten sicher auch verpaßt werden.

Das war noch sanftes Flötenspiel. Viel wilder noch erklang alsdann die Janitscharenmusik des Herrn von Oldenburg. Der Januschauer hielt eine fanatische Kampfrede, die von den 600 versammelten preußischen Junkern mit tosendem Beifall aufgenommen wurde. Auf Logik ist es freilich dem Januschauer niemals angekommen. So begann er auch diese Rede mit dem „lauten und entschiedenen Protest, daß die derzeitige Mehrheit des Reichstags mit ihren Anschauungen und ihrem Verhalten wirklich auch die Mehrheit des deutschen Volkes repräsentiert". Bald danach erklärte er aber, wenn eine Reichstagsauflösung käme, „so würde der neue Reichstag kein wesentlich anderes Bild bieten als der jetzige". Wozu nur zu bemerken ist, daß jedenfalls von den „eisernen 54" noch eine gehörige Zahl auf der Strecke liegen bleiben würde.

Herrn v. Oldenburgs Rede stand unter dem Zeichen: Fort mit der schwächlichen Regierung, wir brauchen „eine starke Reichsgewalt". Was Graf Westarp im Reichstage noch parlamentarisch vorsichtig sagte, das sprudelte der Freund des Kronprinzen in drastischen Wendungen aus. Seine Aeußerungen offenbaren prächtig die Gesinnungen und Pläne der Junkerfronde und beleuchten blitzhell die ganze politische Situation. Es ist wichtig für alle Volkskreise, des Januschauers Politik zu erkennen.

Der Januschauer begann seine Attacke gegen die Regierung mit der Erklärung, der Reichskanzler und der Staatssekretär Delbrück hätten schon damals, als der Reichstag sich das Recht der kleinen Anfragen und des Mißtrauensvotums beilegte, hintreten müssen: „Ich bin der Minister des Kaisers. Sie haben hier Redefreiheit, aber was soll ein offizielles Mißtrauensvotum? Das ist mir ganz Wurst." Dann meinte er, bedenkliche Kämpfe stünden vor der Tür, es könne zum Konflikt zwischen Reichstag und Regierung kommen, entweder beuge sich die Regierung vor dem Reichstag oder sie löse den Reichstag auf. Nun fuhr der Oldenburger fort:

„Ich glaube, wenn die Auflösung jetzt käme, daß der neue Reichstag kein wesentlich anderes Bild bieten würde als der jetzige. Und zwar sehe ich als den Hauptgrund dafür an den gänzlichen Mangel an Vertrauen in die Entschlußkraft der Regierung. (Sehr richtig!) Es werden sich die Wählermassen sagen: Was nützt es denn, wenn wir uns hier rappeln und schinden und mit Dreck beschmeißen lassen, die Regierung läßt uns nachher doch sitzen! (Sehr richtig!) Ich habe schon vorhin gesagt, daß die Gesetze, die die Majorität des Reichstages jetzt beschlossen hat, erst ein Jahr lang in ihrer vollen Wirkung sich zeigen müssen. Dann habe ich schon eher Hoffnung, daß eine Auflösung von Nutzen sein könnte. Geht dann der Reichstag nochmals so vor und wird nochmals aufgelöst, was dann? Dann ist der Konflikt da. . . . Immerhin muß man sagen, nach dem Vorbild von Preußen wird der Konflikt Dimensionen annehmen, die sich heute schwer beurteilen lassen. Aber, meine Herren, ängstlich bin ich deswegen nicht. Ich glaube, daß in unserem Vaterlande, namentlich in Preußen, wenn sie den Entschluß der Regierung spüren, zu kämpfen, sich auch Männer und Persönlichkeiten finden werden, die diesen Entschluß durchführen werden bis zum Letzten (Bravo!), und daß ein solcher Kampf, wenn er entschlossen angefaßt wird, endigen wird und muß mit einem vollen Siege der Staatsgewalt."

Dann wendete sich Herr von Oldenburg unmittelbar gegen den Reichskanzler, der in seinem Brief an Professor Lamprecht die Gewaltpolitik niedrig eingeschätzt habe: „Wenn die Regierung nicht regiert, wenn sie das Regieren so auffaßt, daß sie sich regieren läßt, dann wird Wohltat Plage. Es ist einfach ein unmöglicher Zustand, wenn die Regierungsgewalt versagt und nicht entschlossen ist, ihre Macht durchzusetzen, unter Umständen auch mit Gewalt." Es folgt die übliche Philippika gegen das allgemeine Wahlrecht, gegen „die unreifen Anschauungen der Wähler", gegen die „gewissenlose Presse". Dann geht es weiter:

„Es ist ein falsches System vom Herrn Reichskanzler, daß die Regierung einfach alles laufen und gehen läßt. . . . Dann war die zweite Tat die Verfassung von Elsaß-Lothringen, mit der der Herr Reichskanzler heute noch behauptet, auf dem richtigen Wege gewesen zu sein. Niemand ist auf dem richtigen Wege, der das Ansehen Preußens preisgibt im Reiche. Und das ist geschehen im Reichstage durch die Bewilligung der Bundesstaatsvertreter, deren Stimmen nur gezählt werden sollen, wenn sie gegen Preußen stimmen. (Rufe: Skandal!) Wir kommen in eine Situation, daß unsere Bataillone sich noch einmal ihre Knochen zerschlagen müssen, um ein Land zu behaupten, das wir bereits haben. Und wir würden es mit Sicherheit haben, wenn wir es richtig regiert hätten."

Danach sprach der Kammerherr und Freiherr wieder über sein altes Hauptthema: Durch direkte Reichssteuern werde der Anfang vom Ende des bundesstaatlichen Charakters des Reiches herbeigeführt und „die besitzende Minorität werde schutzlos der besitzlosen Majorität preisgegeben, das führe mit Sicherheit zur Expropriierung, wenn wir nicht eine Regierung haben, die sich ihrer Macht und Gewalt bewußt ist, um sie im rechten Moment zu benutzen".

Schließlich kam Zabern an die Reihe. Herr v. Oldenburg meinte, **das Militär habe in Zabern großartig funktioniert.** Es sei eine „unglaubliche Gewissenlosigkeit", wie einige Rechtslehrer die Sache dargestellt hätten. Wenn bei solchen Vorkommnissen **„ein paar Unschuldige darunter leiden müssen, so versteht sich das ganz von selbst".** Und weiter wörtlich:

„Das Schlimmste an der ganzen Geschichte ist auch das Verhalten des Herrn Zorn v. Bulach mit seinen Depeschen und der Erklärung in der elsässischen Presse. Wenn er telegraphiert: Jetzt habe ich keine Veranlassung mehr, meinen Abschied zu nehmen, so kann man doch daraus nichts anderes herauslesen, als daß der Kaiser und Kanzler nachgegeben haben. Ich bedaure, daß er da nicht ebenso auf telegraphische Weise verabschiedet worden ist.

Ich habe es sehr bedauert, daß damals der Diktaturparagraph aufgehoben wurde durch den Fürsten Bülow, und daß nun diese, ich kann wohl sagen, zu beklagende Bevölkerung preisgegeben wurde jeglicher Preßhetze, jeglichem Franzosentum, wie es sich auch geberden wollte. Dazu waren die Verhältnisse noch nicht reif. Und nun kam diese Sache hinterher. Da haben Sie den Salat, von dem der Reichskanzler behauptet, das ist die richtige Mischung. (Heiterkeit.)

Meine Herren, wir müssen Front machen gegen alles, was in dieser ernsten Zeit unsere heiligsten Güter, unser Vaterland in seiner jetzigen Gestalt und Verfassung, die Rechte des Kaisers und die Rechte des Volks in seiner jetzigen Verfassung antastet und nicht beschützt. Nun bin ich vollkommen gefaßt darauf, daß die Presse sagen wird: Das sagt nun dieser Leutnant mit den 10 Mann, der das Deutsche Reich umstürzen wollte! Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich in dieser letzten Zeit zahllose Briefe bekommen habe, und zwar nur zustimmenden Inhalts, die sagen: Sie haben das frühzeitig gesehen, jetzt ist es soweit.

wir werden bald alle schreien nach dem Leutnant mit den 10 Mann!

Im übrigen muß ich aber konstatieren, daß ich mich mit diesem Leutnant und den 10 Mann auf dem Boden der Verfassung bewegt habe: Der Leutnant darf nicht zucken, wenn er einen kaiserlichen Befehl bekommt. (Bravo.) Meine Herren, ich will von ganzem Herzen wünschen, daß diese ganze Art und Weise der Behandlung der Zaberner Angelegenheit im Reichstage um Gottes willen nicht dazu führt, daß in dem Kreise unseres Offizierkorps ein Wanken in der Anschauung kommt, daß sie Offiziere und Soldaten des Kaisers sind und nicht des Reichstages; ich bleibe bei der Auffassung, daß nur dann besteht die Sicherheit unseres Vaterlandes. Dazu brauchen wir ein starkes und monarchisches Offizierkorps und Heer."

Fort mit Bethmann-Hollweg! Her mit einem neuen Kanzler, mit einem Militärdiktator, der die Reichstagsmehrheit mit Gewalt auseinanderjagt, wenn sie sich erkühnt, die Ausschreitungen des Militarismus zu kritisieren und den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen! Das ist die Parole des Januschauers, die, wie die Deutsche Tageszeitung vergeichnet, mit stürmischem Bravo und nicht endenwollendem Händeklatschen von den versammelten Junkern aufgenommen wurde. Es ist auch durchaus zu begrüßen, daß der konservative Trompetenbläser jetzt den wahren Sinn seines berüchtigten Wortes von dem Leutnant und den zehn Mann unverhüllt zugesteht. Früher suchte er den wahren Sinn hinter der Ausrede zu verstecken, er habe nur ein ganz unverbindliches Beispiel für die unbedingte Disziplin der Soldaten geben wollen. Jetzt sagt er offen, daß er den Staatsstreich will, die gewaltsame Auseinandersprengung der Volksvertretung des deutschen Reiches.

Solche Geständnisse und Bekenntnisse sind für das deutsche Volk unendlich wertvoll. Jedermann kann erkennen, was die Reaktion im Schilde führt.

Nichts wäre aber falscher, als wenn die bürgerlichen Parteien nun gegenüber diesem Ansturm der Echtpreußen ihre Aufgabe darin erblicken wollten, „den Kanzler, den Kanzler zu schützen"! Dieser Kanzler kann nicht mehr geschützt werden. Und am wenigsten können ihn die bürgerlichen Mehrheitsparteien schützen; denn eine Parlamentsmehrheit, die keine Regierung stürzen kann, kann auch keine halten. Gegen die Pläne der Junker, die einen Militärdiktator an die Stelle des Herrn v. Bethmann-Hollweg setzen wollen, gibt es nur ein Mittel. Die Mehrheit des Reichstages muß jetzt schon zeigen, daß eine Politik gegen ihren Willen auf ihren unbeugsamen Widerstand stoßen würde. Der Reichskanzler muß durch die Mehrheit fallen, nicht durch die Minderheit. Und sein Nachfolger muß von Anfang an wissen, daß selbst in Preußen-Deutschland eine Junkerpolitik gegen das Volk unmöglich geworden ist.

Wer weiß etwas?

„Auf Antrag des württembergischen Goethebundes und mit Mitteln, die von diesem zur Verfügung gestellt worden sind, hat der 13. Delegiertentag der deutschen Goethebünde 1913 die folgende Preisausschreibung beschlossen:

Was hat zur Milderung der Klassengegensätze zu geschehen, die heute die aufeinander angewiesenen Kreise unsers Volkes weit mehr trennen, als in den natürlichen Verhältnissen begründet ist?"

So beginnt ein Zirkular, das die deutschen Goethebünde durch Wolffs Depeschenbureau verbreiten lassen. Damit wird der seit langem angekündigte Wettbewerb eröffnet. Das soziale Problem ist zum Preisrätsel geworden, zu dessen Lösung ein allgemeines Rätselraten veranstaltet wird. Es gab Zeiten, da war die Quadratur des Kreises ein Zeitproblem. Einige Jahrhunderte hindurch suchte man auch nach dem Perpetuum mobile oder nach dem Stein der Weisen, nach dem chemischen Schlüssel zur künstlichen Goldmacherei. Heute ist ein politisches Problem, der breit klaffende Gegensatz zwischen arm und reich, zum Stein der Weisen geworden.

Aber nein, werden die Goethebündler schreien, keine politische Frage, sondern eine rein menschliche steht zur Debatte, denn es heißt ja in der Begründung des Preisrätsels, daß die Milderung der Klassengegensätze auch auf „rein menschlichem Gebiet" angestrebt werden müsse. Unter solchen geistvollen Wendungen werden sich jedoch nur Goethebündler und verwandte Ideologen etwas denken können, die übrige Menschheit wird, nach den Parteien gesondert, politische Vorschläge machen. Denn wenn der Goethebund beklagt, daß Ober- und Unterklasse die Fühlung miteinander verloren haben, so wird der konservative Agrarier antworten: Treibt die Leute zur Landarbeit; die heilt alle Schmerzen! Der nationalliberale Unternehmer: Schafft gelbe Organisationen; in ihnen wird die Interessenharmonie von Kapital und Arbeit demonstriert! Der freisinnige Mann: Die Hirsch-Dunckerschen fördert; die überbrücken alles! Der Zentrumsschrift: Baut Kirchen und paukt Frömmigkeit; der Glaube macht alle gleich! Der Antisemit: Hängt die Juden auf; zerhaut die Maschinen; nieder mit den Warenhäusern! Alle aber werden sie sich darin einig